

43. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2025

Übersicht

=====

über die bis **04.12.2025** fristgerecht bei der Stadtverordnetenvorsteherin eingereichten Fragen.

Um Beantwortung
wird gebeten:

Frage Nr.: 3643 Gewalt an Frauen und Mädchen

Stadtv. Baumann - GRÜNE -

Stadträtin Zapf-Rodríguez
im Einvernehmen mit
Stadträtin Voith

Am 25. November wurde wie jedes Jahr weltweit gegen Gewalt an Frauen und Mädchen protestiert und der Opfer gedacht. Laut dem aktuellen Bericht des BKA ist die Zahl der Gewalt- und anderen Straftaten gegen Frauen und Mädchen auch in 2024 erneut gestiegen.

Deshalb frage ich den Magistrat:

Welche Aktivitäten hat der Magistrat anlässlich des Aktionstages ergriffen und was tut er insgesamt, um Frauen und Mädchen in Frankfurt noch besser vor Gewalt zu schützen?

Frage Nr.: 3644 Gehwegparken

Stadtv. Serke - CDU -

Stadtrat Siefert

In vielen engen Wohnstraßen Frankfurts wurde das halbseitige Gehwegparken jahrzehntelang geduldet - ohne nennenswerte Probleme für die Verkehrsteilnehmer. Nun kommt es jedoch zu massiven Kontrollen und in einzelnen Straßen - wie jüngst in Sossenheim - droht der Verlust zahlreicher Stellplätze. Frankfurt verlangt für zulässiges Gehwegparken eine Restgehwegbreite von 2,20 m, während andere Städte geringere Breiten erlauben und Einzelfallabwägungen treffen. Die starre Vorgabe wirkt vielerorts unrealistisch und spricht für flexiblere Lösungen.

Ich frage den Magistrat:

Ist der Magistrat bereit, künftig im Einzelfall geringere Restgehwegbreiten zuzulassen, und welche pragmatischen Alternativen bietet er den Anwohnern in engen Wohnstraßen an?

Frage Nr.: 3645 Bildungsbaugesellschaft

Stadtv. Kunze - SPD -

Stadträtin Weber

Der Magistrat plant die Gründung einer Bildungsbaugesellschaft, mit deren Hilfe das Amt für Bau- und Immobilien entlastet wird, um größere Schulsanierungsprojekte voranzutreiben. Parallel ist die Schulbauoffensive seit einem Jahr im Gange, flankiert von kleineren Sanierungen über die ABG.

Ich frage den Magistrat:

Welche Beschleunigung im Schulbau erhofft sich der Magistrat konkret von der Gründung einer Bildungsbaugesellschaft, insbesondere im Zusammenspiel mit den bisher beschlossenen Maßnahmen?

Frage Nr.: 3646 Erstes Polizeirevier

Stadtv. Christann - Linke -

Stadträtin Rinn

Laut Medienberichten beschuldigt eine hessische Rechtsreferendarin Beamt*innen des 1. Polizeireviers in Frankfurt des Machtmissbrauchs und der ungerechtfertigten Anwendung von Gewalt. Sie selbst sei im Rahmen ihrer Tätigkeit Zeugin der beklagten Vorfälle gewesen.

Ich frage den Magistrat:

Was unternimmt der Magistrat gegenüber der zuständigen Hessischen Landesregierung beziehungsweise dem Frankfurter Polizeipräsidium, damit in Frankfurter Polizeidienststellen sowie im Polizeidienst nicht gegen grundgesetzlich geschützte Rechte von Bürger*innen verstoßen wird?

Frage Nr.: 3647 Verpackungssteuer

Stadtv. Ritter - FDP -

Stadtkämmerer Dr. Bergerhoff

Im Zuge der geplanten Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer stellt sich die Frage nach ihrer finanziellen und administrativen Ausgestaltung. Offen bleibt insbesondere, nach welchen Kriterien die Höhe der Abgabe festgelegt werden soll und wie der Magistrat das Verhältnis von erwarteten Einnahmen, Verwaltungsaufwand und ökologischem Nutzen bewertet.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Auf welcher Berechnungsgrundlage soll die geplante Verpackungssteuer in Frankfurt erhoben werden und mit welchem Kosten-/Nutzen-Verhältnis rechnet der Magistrat?

Frage Nr.: 3648 Strategiepapier Bahnhofsviertel

Stadtv. Dr. Schulz - BFF•BIG -

Eine Gruppe von 50 Vertretern aus Stadtverwaltung, sozialen Einrichtungen und Zivilgesellschaft hat ein Strategiepapier von 100 Seiten zur Verbesserung der Situation im Bahnhofsviertel bis 2040 vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Wie bewertet der Magistrat den Inhalt des Strategiepapiers und in welcher Höhe sind der Stadt Frankfurt Kosten für dessen Erstellung entstanden?

Stadträtin Voith
im Einvernehmen mit
Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger und
Stadträtin Rinn und
Stadtrat Siefert

Frage Nr.: 3649 Lebensmittelkontrollen

Stadtv. Klinger - AfD -

Stadträtin Rinn

Unter der Überschrift "In der Gastronomie ist es immer öfter dreckig" berichtete die Frankfurter Rundschau am 21.11.2025 darüber, dass das Ordnungsamt eine stark erhöhte Zahl von Betriebsschließungen infolge von Lebensmittelkontrollen festgestellt habe. Ein Grund hierfür sei laut Stadträtin Rinn, dass die notwendige Sachkunde der Betreiber wie auch der Angestellten im Bereich der Gastronomie in den vergangenen Jahren stark nachgelassen habe.

Ich frage den Magistrat:

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, diese Situation zu verbessern?

Frage Nr.: 3650 Reform des § 22 KWG

Stadtv. Grote - Volt -

Stadträtin O'Sullivan
im Einvernehmen mit
Stadträtin Wüst

“Die Fraktion” hat im Rahmen der Vorlage A 353 im Zusammenhang mit der Reform des § 22 KWG eine umfangreiche Anfrage an den Magistrat gestellt. Gegenstand der Anfrage war insbesondere das Schreiben des Hessischen Ministeriums des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz vom 16. Mai 2024, welches im Hinblick auf die geplante Reform des Kommunalwahlrechts an Kommunen gesendet wurde. Der Magistrat hat die Beantwortung der Anfrage mit Verweis auf das Verfahren vor dem StGH verweigert.

Ich frage den Magistrat:

Welche konkreten Gründe hindern den Magistrat daran, die erbetenen Informationen offenzulegen, wenn das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof, auf das er sich beruft, ohnehin öffentlich ist?

Frage Nr.: 3651 Eintrittspreise Palmengarten

Stadtv. Dittfurth - ÖkoLinX-ELF -

Stadträtin Zapf-Rodríguez

Der Palmengarten war als Botanischer Garten oft die erste Naturerfahrung für alle Kinder. Der einfachste Weg, Natur-Zusammenhänge zu erleben, ungewöhnliche Pflanzen zu sehen und sich jetzt an den winterlichen Lichtinstallationen mit Tieren und Pflanzen zu erfreuen. Der Weg ist ihnen jetzt versperrt. Die Familienjahreskarte, 2 Erwachsene mit mehreren Kindern, kostete bis 2023 70 €. 2024 wurde die Familienjahreskarte abgeschafft. Wenn heute 2 Erwachsene mit mehreren Kindern in den Palmengarten gehen, zahlen sie 168 €, mehr als das Doppelte - je 79 € für jeden der beiden Erwachsenen. Welche Familie mit geringem Einkommen kann sich das leisten? Der Eintritt sollte frei sein.

Wann wird wenigstens diese enorme Preissteigerung zurückgenommen?

Frage Nr.: 3652 Einladung zur Konsultativkonferenz

Stadtv. Wehnmann - FRAKTION -

Bürgermeisterin Dr.
Eskandari-Grünberg

Die Stiftung Wirtschaft & Politik machte publik, dass das KAV-Mitglied Ming Yang in die sog. Konsultativkonferenz als Teil der chinesischen Einheitsfront der KP eingeladen wurde. Gegen die Publikation hat er sich erfolglos juristisch gewehrt. Das OLG FFM befand: "An einer möglichen Einflussnahme der chinesischen Regierung auf das Bild Chinas in Deutschland besteht ein hohes politisches Interesse der Öffentlichkeit". Yang ist Teil der IBF-Liste von Jumas Medoff, der laut Medienberichten vom autokratischen Aserbaidschan/dem dortigen Öl- & Gas-Konzern SOCAR unterstützt wird - jenem Konzern, von dem die CDU FFM 2012 illegale Spenden annahm.

Ich frage:

Wie gedenkt der Magistrat damit umzugehen, dass fremde Dienste sich im Rathaus breit machen?

Frage Nr.: 3653 Künstliche Intelligenz

Stadtv. Medoff - IBF -

Stadträtin O'Sullivan

Künstliche Intelligenz gewinnt für die Optimierung kommunaler Abläufe zunehmend an Bedeutung. Zugleich bleiben wichtige Potenziale ungenutzt, weil die Einführung moderner digitaler Lösungen anspruchsvoll ist und spezialisierte Strukturen fehlen. Andere Kommunen nutzen bereits KI-Technologien wie Videoschutz, Verkehrszeichenerkennung, Kanalsteuerung, Abwasserüberwachung und digitale Baumpflege.

Ich frage daher den Magistrat:

Welche Maßnahmen plant der Magistrat, um den Einsatz solcher Anwendungen auszubauen und eine nachhaltige Modernisierung zu ermöglichen in der Stadt Frankfurt?

Frage Nr.: 3654 Flächennutzungsplan

Stadtv. Schwichtenberg - Gartenpartei -

Die Aufarbeitung der Gefühle der Menschen in der Corona Zeit muss heute zurückstehen. Das Video erklärt die Beteiligung des RegFNP <https://youtu.be/mIGepaq92cY>. Unfassbare Zerstörung von Natur, Wald, Kleingärten/Freizeitgärten ist vorgesehen, das Dach der gemeinsamen Werte in Gefahr, obwohl Josef kürzlich den Bürgerpreis dazu verliehen hat.

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger
im Einvernehmen mit
Stadträtin Zapf-Rodríguez

Ich frage OB Josef zum neuen RegFNP2025: Werden Sie sich dafür einsetzen, damit die max. Zerstörung, wie Cronberger Anlage 1 und 4 und Grüne Lunge im RegFNP gestrichen werden und sich öffentlich dazu äußern?

Frage Nr.: 3655 Vorkaufsrecht

Stadtv. Yilmaz

Stadträtin Weber

Die Gebäude am Oeder Weg sowie in der Hermann- und Adlerflychtstraße liegen im Geltungsbereich einer Milieuschutzsatzung und wurden von der VBL an Aberdeen Investments Deutschland veräußert. Obwohl die Stadt ihr Vorkaufsrecht nicht ausgeübt hat, ist bis lang unklar, ob eine Abwendungserklärung abgeschlossen wurde, um die Mieterinnen und Mieter zu schützen.

Daher Frage ich den Magistrat:

Aus welchen Gründen hat die Stadt Frankfurt das kommunale Vorkaufsrecht beim Verkauf der Wohnungen nicht ausgeübt, und wurde mit dem Käufer Aberdeen eine Abwendungserklärung geprüft, verhandelt oder abgeschlossen?

Frage Nr.: 3656 Kommunalbericht 2025

Stadtv. Düwel - GRÜNE -

Stadtkämmerer Dr. Bergerhoff

Bei der Vorstellung des Kommunalberichts 2025 hat der Präsident des Landesrechnungshofs gefordert "Wer bestellt, bezahlt". Er fordert in erster Linie, dass bei den sozialen Aufgaben und Leistungen die gesetzgebenden Ebenen - Bund und Land - die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie diese vorgeschriebenen Pflichtaufgaben tatsächlich ohne eigene finanzielle Überlastung erfüllen können.

Ich frage den Magistrat:

Wie setzt sich die Stadt Frankfurt für eine Änderung der Finanzierungsgrundlagen ein?

Frage Nr.: 3657 Straftaten auf der Zeil

Stadtv. Schäfer - CDU -

Stadträtin Rinn

Auf der Zeil kam es jüngst zu einer Messerattacke, bei der zwei Personen verletzt wurden. Im Internet kursieren Videos von der Tat und die Polizei ermittelt wegen versuchten Mordes. Dieser Vorfall fügt sich in eine Reihe von Presseberichten, welche die anhaltend hohe Kriminalitätsbelastung auf der Zeil zum Gegenstand haben.

Ich frage den Magistrat:

Wie viele Straftaten werden pro Jahr auf der Zeil begangen und wie bewertet der Magistrat die Lage?

Frage Nr.: 3658 Abstellflächen für E-Scooter

Stadtv. Podstatny - SPD -

Stadtrat Siefert

E-Scooter werden in der gesamten Stadt oft so abgestellt, dass sie Fußgänger oder Radfahrer behindern. In der Innenstadt wurde durch Abstellflächen für E-Scooter dieses Problem vermindert.

Ich frage den Magistrat:

Wann werden diese Abstellflächen für E-Scooter auch im Frankfurter Westen eingeführt?

Frage Nr.: 3659 Chinesisches Hotel

Stadtv. Pauli - Linke -

Stadträtin Weber

Seit 17 Jahren gibt es in Niederrad eine Dauerbaustelle: Das geplante chinesische Luxushotel ist aufgrund finanzieller Probleme immer noch nicht fertiggestellt und die Zukunft ist ungewiss. Die Stadt Frankfurt hat der Huarong Deutschland GmbH das Erbbaurecht für 99 Jahre erteilt. Laut Presseartikeln besteht zu dem Investor jedoch kein Kontakt mehr. Die Stadt Frankfurt könnte gemäß Paragraf 2 Nummer 4 ErbbauRG den Heimfall anwenden, beispielsweise aufgrund von unterlassener Bebauung, und so den Erbpachtvertrag vorzeitig beenden, um den Stillstand endlich zu stoppen.

Ich frage den Magistrat:

Was wird die Stadt Frankfurt unternehmen, um die Dauerbaustelle zu beenden, und wird sie vom Heimfall nach Erbbaurecht Gebrauch machen?

Frage Nr.: 3660 Bericht Philadelphiareise

Stadtv. Pürsün - FDP -

Stadträtin O'Sullivan

Zum zehnjährigen Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt und Philadelphia reiste eine Delegation mit mehr als 30 Vertreterinnen und Vertretern von Frankfurt in die USA. Dies sorgte im Nachgang für großes Aufsehen; fragte man sich doch, warum die Delegation so groß und die Kosten entsprechend so hoch sein mussten. Zur Reise selbst legte der Magistrat einen Bericht vor: <https://frankfurt.de/aktuelle-meldung/meldungen/erfolgreiche-station-in-philadelphia/>. Dieser Link wurde mittlerweile allerdings wieder deaktiviert.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Warum wurde dieser Link beziehungsweise Bericht zu der Philadelphiareise deaktiviert?

Frage Nr.: 3661 Krawallschachtel I

Stadtv. Pfeiffer - BFF•BIG -

Stadträtin Weber
im Einvernehmen mit
Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Wie der Presse zu entnehmen war, gibt es derzeit viel Krawall um die Krawallschachtel, eines der ältesten Frankfurter Fachwerkhäuser. Dabei geht es vorrangig um Bauarbeiten im Inneren des Hauses und die Frage, inwieweit dem Vertragspartner der Stadt Frankfurt die Eigenschaft des Gebäudes als Kulturdenkmal bekannt war.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Hat die Stadt Frankfurt in dem Vertragsverhältnis mit dem Hauptpächter explizit die Eigenschaft der Liegenschaft Alte Gasse 24 als Kulturdenkmal festgehalten und vereinbart, und falls nein, warum ist dies nicht erfolgt?

Frage Nr.: 3662 Verein Abenteuerspielplatz

Stadtv. Csapo - AfD -

Stadtrat Siefert

Dem gemeinnützigen Verein Abenteuerspielplatz wurde laut FAZ vom 26.11.2025 untersagt, weiterhin mit seinen Plakat-Dreieckständern für seine Veranstaltungen zu werben. Die Ständer gefährdeten die Verkehrssicherheit. Einen Antrag des Vereins auf Verlängerung der bisherigen Sondernutzungserlaubnis habe die Stadt unter Hinweis auf die veränderte städtische Sondernutzungssatzung abgelehnt. Trotz laufender Klageverfahren sei nun ein Zwangsgeld von 7.000 Euro festgesetzt und eine Ersatzvornahme angeordnet worden, also die zwangsweise Beseitigung der Werbeträger durch die Stadt.

Ich frage den Magistrat:

Wie bewertet der Magistrat diesen Umgang mit dem gemeinnützigen Verein und wer trägt hierfür die Verantwortung?

Frage Nr.: 3663 Neuer Fahrplan des RMV

Stadtv. Huber - Volt -

Stadtrat Siefert

Am 14. Dezember tritt der neue Fahrplan des RMV in Kraft, mit einer Ausdünnung des Angebots im regionalen Schienenverkehr. Gleichzeitig steigt ab 2026 der Preis des Deutschlandtickets erneut an. Hinzu kommen die zahlreichen Verzögerungen und Ausfälle im S-Bahnverkehr, zum Beispiel durch Baustellen oder nicht besetzte Stellwerke. Es wäre nicht überraschend, wenn sich viele Pendler*innen angesichts dieser Entwicklung wieder für den privaten Pkw entscheiden.

Ich frage den Magistrat:

Welche Auswirkungen des neuen Fahrplans sieht der Magistrat für Frankfurt und wie kommuniziert er diese an den RMV?

Frage Nr.: 3664 Schwimmunterricht an Schulen

Stadtv. Hahn - FRAKTION -

Stadträtin Weber

Laut DLRG bestehen erhebliche Defizite in der Schwimmfähigkeit der Bevölkerung. Dieses Problem wird seit Jahrzehnten durch unzureichenden Schwimmunterricht an Schulen verstärkt - sei es aufgrund von Personalmangel oder fehlenden beziehungsweise unzureichenden Schwimmstätten. In Frankfurter Schulen findet der Schwimmunterricht üblicherweise im dritten und vierten Schuljahr statt.

Ich frage den Magistrat:

Welche Schulen konnten im Jahr 2025 den Kindern in diesen Jahrgangsstufen keinen Schwimmunterricht anbieten?

Frage Nr.: 3665 Gewerbesteureinnahmen

Stadtv. Denkwitz - GRÜNE -

Stadtkämmerer Dr. Bergerhoff

Die Stadt Frankfurt plant mit 3,25 Milliarden Erträgen aus der Gewerbesteuer im Haushalt 2026. Die Gewerbesteuererträge umfassen 55,2 Prozent der stadtweit geplanten ordentlichen Erträge inklusive Finanzerträge - Vorjahr 54,8 Prozent. Sie ist damit die größte Einzelposition im Haushalt. Zuletzt hingen die Gewerbesteureinnahmen stark von der Finanzwirtschaft ab.

Ich frage den Magistrat:

Wie stellen sich die Gewerbesteureinnahmen nach Unternehmensbranchen derzeit dar?

Frage Nr.: 3666 Bahnhofsviertel

Stadtv. David - CDU -

Der Magistrat hat mit einem Zeithorizont bis 2040 eine Gesamtstrategie für das Bahnhofsviertel vorgestellt. Trotz der langfristigen Perspektive bestehen im Bahnhofsviertel weiterhin erhebliche Herausforderungen, die kurzfristige und spürbare Verbesserungen erfordern. Es ist daher notwendig, die zeitliche Priorisierung der geplanten Maßnahmen kritisch zu hinterfragen.

Ich frage den Magistrat:

Wie wird begründet, dass wesentliche Maßnahmen der neuen Strategie für das Bahnhofsviertel erst mit einem Zeithorizont bis 2040 geplant sind, obwohl die Lage vor Ort akut handlungsbedürftig ist, und welche kurzfristig wirkenden Maßnahmen sind vorgesehen, um die bestehenden Probleme bei Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung unmittelbar anzugehen?

Stadträtin Rinn
im Einvernehmen mit
Stadträtin Voithl und
Stadträtin Zapf-Rodríguez

Frage Nr.: 3667 Wohnungsnotfallhilfe

Stadtv. Meyer - SPD -

In Bericht B 351/25 wurde erwähnt, dass das Jugend- und Sozialamt derzeit an "einem gesamtheitlichen Konzept zur Weiterentwicklung der Wohnungsnotfallhilfe" arbeitet. Die strategische Planung für das Konzept soll Ende 2025 abgeschlossen sein. Ein solches Konzept ist ohne Zweifel zu begrüßen und kann nur befürwortet werden.

Ich frage den Magistrat:

Welche Akteure werden für diese Konzept als besonders relevant identifiziert und zu welchem Zeitpunkt werden diese in den Gestaltungsprozess miteinbezogen?

Stadträtin Voithl
im Einvernehmen mit
Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Frage Nr.: 3668 Gefährliche Orte

Stadtv. Müller - Linke -

Stadträtin Rinn

Die Polizei kann bestimmte Orte als sogenannte "Kriminalitätsschwerpunkte" ausweisen. So eine Ausweisung öffnet Tür und Tor für Racial Profiling und Marginalisierung der sich dort aufhaltenden Menschen.

Ich frage den Magistrat:

Welche Orte in Frankfurt am Main sind und waren seit 2023 als „gefährliche Orte“ eingestuft? Bitte aufschlüsseln nach Zeitpunkt der Einstufung, Dauer und Grund für die Einstufung.

Frage Nr.: 3669 Umgestaltung Frankenallee

Stadtv. Papke - FDP -

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger
im Einvernehmen mit
Stadtrat Siefert

Mit der M 156/25 soll der Beschluss kommen, die Umgestaltung der Frankenallee weiter voranzutreiben. In der Vorlage des Mobilitätsdezernats steht, dass die Parkplätze vor Ort von 218 auf 141 reduziert werden sollen. Die Parksituation vor Ort ist bereits jetzt sehr angespannt, da dort überwiegend Mehrfamilienhäuser stehen. Oftmals müssen die Anwohnerinnen und Anwohner aktuell schon lange Zeit suchen, um überhaupt noch einen freien Parkplatz finden.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Wie begründet der Magistrat die Reduzierung der Parkplätze um circa 35 Prozent und wie kann auch nach der Umgestaltung noch eine ausreichende Parkplatzsituation vor Ort gewährleistet werden?

Frage Nr.: 3670 Betreuungsangebote für Kinder I

Stadtv. Yildiz - BFF•BIG -

Stadträtin Weber
im Einvernehmen mit
Stadträtin Voigt

In seinem Bericht B 414/25 "Situation auf dem Frankfurter Arbeitsmarkts - kommunale Beschäftigungsförderung" führt der Magistrat aus, dass der Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder in Frankfurt, etwa verursacht durch Personalmangel in Kitas, die Erwerbstätigkeit von Müttern und Familien erschwert.

Ich frage den Magistrat:

Wie hoch ist der aktuelle Bedarf an zusätzlichen Vollzeit-Betreuungsplätzen für Kinder in Frankfurt - über die vorhandenen Kapazitäten hinaus - und welche konkreten Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um diese Versorgungslücke im Betreuungsangebot durch kommunale und/oder freie Träger zu schließen?

Frage Nr.: 3671 Delegationsreise

Stadtv. Fuchs - AfD -

Stadträtin O'Sullivan

Auf die Frage Nr. 3453 nach den Kosten für die Delegationsreise von Vertretern der Stadt Frankfurt und mehr als 30 Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Sport in die Vereinigten Staaten Ende März dieses Jahres, antwortete der Magistrat am 18. September 2025 erneut, dass die Abrechnung nach dem Hessischen Reisekostengesetz, HRKG, erfolge und die finale Abrechnung noch erfolgt sei.

Ich frage den Magistrat:

Wie hoch waren die Kosten dieser Delegationsreise für die Stadt Frankfurt insgesamt?

Frage Nr.: 3672 Abfräsen von Pflastersteinen

Stadtv. Hauenschild - Volt -

Stadtrat Siefert

Verschiedene Städte, darunter Berlin und Basel, experimentieren mit dem Abschleifen von Pflastersteinen auf Plätzen und Straßen. In Eichwalde begleitet das NUDAFa-Reallabor das Abschleifen einer Straße mit einem neuen Verfahren aus 3D-Vermessung, digitaler Schleifsimulation und abschließendem "Precision Grinding" und zieht ein positives Zwischenfazit. Das Verfahren könnte sich insbesondere dort lohnen, wo man aus historischen Gründen oder für die bessere Versickerung den Pflasterstein behalten möchte, ohne auf Komfort für Radfahrende sowie geringere Lärmbelastung zu verzichten.

Ich frage den Magistrat:

Welche Möglichkeiten für und Chancen durch das Abfräsen von Pflastersteinen sieht der Magistrat in Frankfurt?

Frage Nr.: 3673 Frankfurt LAB

Stadtv. Eberz - GRÜNE -

Stadträtin Dr. Hartwig

Bei einem Besuch des Frankfurt LAB am 3. November äußerte die Kulturdezernentin sinngemäß, dass nur eine moderate Aufwertung der Liegenschaft notwendig sei, da das Frankfurt LAB perspektivisch auf den Kulturcampus an der Bockenheimer Warte ziehen wird. Die Liegenschaft Schmidtstraße 12 beheimatet darüber hinaus zahlreiche weitere Kulturinstitutionen, zum Beispiel die Dresden Frankfurt Dance Company.

Ich frage den Magistrat:

Beabsichtigt er, die Liegenschaft Schmidtstraße 12 mittelfristig zu übernehmen, und wie sieht er die Zukunft der dort beheimateten Kulturinstitutionen?

Frage Nr.: 3674 Neubau der Europäischen Schule

Stadtv. Steinhardt - CDU -

Stadträtin Wüst

Im Zuge der Bewerbung der Stadt Frankfurt als Sitz der neuen Europäischen Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA wurde auch ein baldiger Neubau der Europäischen Schule und die Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks seitens der Stadt in den Bewerbungsunterlagen aufgeführt. Dem Vernehmen nach soll auch eine Frist genannt worden sein, bis zu welcher der Neubau errichtet sein soll.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Welche Frist wurde für den Neubau der Europäischen Schule im Zuge der Ansiedlung der AMLA vereinbart und welche rechtlichen und finanziellen Konsequenzen würden sich aus der Nichteinhaltung dieser Frist für die Stadt Frankfurt ergeben?

Frage Nr.: 3675 Denkmal Hanau

Stadtv. Schulz-Nurtsch - SPD -

Bürgermeisterin Dr.
Eskandari-Grünberg
im Einvernehmen mit
Stadträtin Dr. Hartwig

Im vergangenen Jahr beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit E 4/24 die Errichtung eines künstlerischen Denkmals und einer Gedenktafel für die Ermordeten des rassistischen Anschlags vom 19. Februar in Hanau. Hierzu sollte ein künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben werden. Der Magistrat hat hierzu bisher keinen Umsetzungsstand mitgeteilt.

Ich frage den Magistrat:

Hat der künstlerische Wettbewerb bereits stattgefunden und mit welchen Personen wurde die Jury zur Auswahl des Denkmals besetzt?

Frage Nr.: 3676 Isolationshaft

Stadtv. Dalhoff - Linke -

Stadträtin Rinn

Laut Medienberichten wurde ein Gefangener der JVA Frankfurt IV trotz schwerer Verletzungen statt ins Krankenhaus in die Isolationshaft verbracht. Dieses Vorgehen deckt sich mit Berichten ehemaliger Mitarbeiter:innen, die von willkürlichen Verlegungen in Isolationshaft sprechen.

Ich frage den Magistrat:

Was unternimmt der Magistrat gegenüber der zuständigen Hessischen Landesregierung, damit in Frankfurter Zwangsinstitutionen wie einer JVA oder geschlossenen psychiatrischen Einrichtungen die grundgesetzlichen Rechte der Insassen gewahrt werden?

Frage Nr.: 3677 Schulstraßen

Stadtv. Schnitzler - FDP -

Stadtrat Siefert

Die Stadt Frankfurt plant, mehrere Straßen zu Schulstraßen umzuwidmen, um die Verkehrssicherheit rund um Schulen zu verbessern und den Schutz der Kinder auf ihrem Schulweg zu erhöhen. Diese Maßnahmen können jedoch auch Auswirkungen auf die Anwohnerinnen und Anwohner der betroffenen Straßen haben. Zudem könnte sich der Verkehr infolgedessen auf benachbarte Straßen verlagern und dort zunehmen.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Welche konkreten Einschränkungen sind für die Anwohnerinnen und Anwohner in den von der Umwidmung zu Schulstraßen betroffenen Bereichen zu erwarten?

Frage Nr.: 3678 Wirtschaftsstandort Frankfurt

Stadtv. Leineweber - BFF•BIG -

Stadträtin Wüst

Internationale Direktinvestitionen sind angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Schwächephase in Deutschland von großer Bedeutung. Andere große deutsche Städte verstärken daher die Betreuung internationaler Unternehmen und Business Communities. Frankfurt am Main ist ein internationaler Wirtschaftsstandort. Jedes vierte Unternehmen in unserer Stadt hat ausländische Wurzeln, 23 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besitzen ausländische Pässe.

Ich frage den Magistrat:

Welche Strategie verfolgt der Magistrat, um die Standortattraktivität zu erhöhen, und mit welchen konkreten Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass Frankfurt weiterhin als Standort für ausländische Investoren und Unternehmen wettbewerbsfähig bleibt?

Frage Nr.: 3679 Mindestpreise für Fahrdienste

Stadtv. Schneider - AfD -

Stadträtin Rinn
im Einvernehmen mit
Stadtrat Siefert

Die Einführung von Mindestpreisen für Fahrdienste verzögere sich laut FNP vom 25.11.2025 auf unbestimmte Zeit. Diese Verzögerung sei laut dem Vorsitzenden der Frankfurter Taxivereinigung angesichts der Lage nicht mehr vertretbar, dies gefährde die Sicherheit und Funktionsfähigkeit des gesamten Personenverkehrs. Weil die Vergabestelle im Ordnungsamt überlastet sei, habe Ordnungsdezernentin Rinn jüngst eine weitere Verzögerung angekündigt.

Ich frage den Magistrat:

Wie bewertet der Magistrat die Auffassung, dass diese Verzögerung auf unbestimmte Zeit die Sicherheit und Funktionsfähigkeit des gesamten Personenverkehrs gefährden kann?

Frage Nr.: 3680 Solaroffensive IV

Stadtv. Edelmann - GRÜNE -

Stadträtin Zapf-Rodríguez

Mit der "Solaroffensive IV" wurde der Magistrat beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die städtischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften das realisierbare Solarpotenzial auf ihren Flächen erfassen, betriebspezifische Solarausbaustrategien mit konkreten Zeitplänen aufstellen und mit den erforderlichen Mitteln umsetzen. Außerdem wurde der Magistrat beauftragt, mindestens einmal jährlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der Pläne der städtischen Gesellschaften zu berichten.

Ich frage den Magistrat:

Welche der 25 städtischen Mehrheitsbeteiligungen verfügen bereits über eigene PV-Anlagen - Anzahl, Leistung - und welche haben eine Solarausbaustrategie - konkrete Ziele, geplante Projekte in den nächsten drei Jahren?

Frage Nr.: 3681 Grünwert-Kampagne

Stadtv. Schwander - CDU -

Stadträtin Zapf-Rodríguez

Trotz großer Kritik an der Grünwert-Kampagne aus dem Umweltdezernat werden immer weitere Kampagnen aus dem Dezernat, den zugehörigen Ämtern oder angegliederten Stabsstellen veröffentlicht. Auch wenn diese sich in Aufmachung und Inhalt unterscheiden, werden für sie städtische Ressourcen gebunden, Steuergelder ausgegeben und viel Papier oder andere Rohstoffe verbraucht.

Ich frage den Magistrat:

Wie viele Kampagnen kamen in den vergangenen zwölf Monaten direkt aus dem Umweltdezernat, den zugehörigen Ämtern, aus angegliederten Stabsstellen oder mittelbar über Kooperationen und wie hoch sind die Bruttokosten für all diese Kampagnen jeweils im Detail?

Frage Nr.: 3682 Wiederaufbau Unterstützung Gaza

Stadtv. Shehata - SPD -

Bürgermeisterin Dr.
Eskandari-Grünberg

Vor dem Hintergrund der schweren Zerstörungen im Gazastreifen stellt sich die Frage, wie ein Wiederaufbau künftig gestaltet werden kann. Die Bundesregierung hat bereits Hilfen zugesagt. Dementsprechend stellt sich auch die Frage, welche Formen der Unterstützung durch die Stadt Frankfurt denkbar sind. Die Stadt hatte auch 2023 Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, zu spenden, um nach dem katastrophalen Erdbeben in der Türkei Rettungs- und Aufbauarbeiten zu unterstützen.

Ich frage den Magistrat:

Welche Formen der Unterstützung hält der Magistrat für denkbar und wie könnte sich die Stadt Frankfurt beteiligen, sobald Wiederaufbauarbeiten in Gaza begonnen werden können?

Frage Nr.: 3683 Klimaziele

Stadtv. Dr. Mehler-Würzbach - Linke -

Stadträtin Zapf-Rodríguez

Frankfurt will bis 2035 klimaneutral werden.

Ich frage den Magistrat:

Wie schätzt der Magistrat das Erreichen dieses Klimazieles und aller damit einhergehenden Ziele ein?

Frage Nr.: 3684 Erfassung Nichtschwimmerquote

Stadtv. Dr. Langner - FDP -

Stadträtin Weber

In der Antwort des Magistrats auf die Frage Nr. 2882/24 zum Schulschwimmen wurde mitgeteilt, dass keine zentralen Zahlen zu den Ausfällen von Schulschwimmstunden erfasst werden. Ohne diese Daten ist es schwer, die Wirksamkeit der Maßnahmen gegen die Nichtschwimmerquote zu bewerten oder zu optimieren. Eine systematische Datenerfassung ist daher notwendig, um die Situation nachhaltig zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Aus welchen Gründen erfolgt keine systematische Erfassung der Ausfallquote beim Schulschwimmen und welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, eine solche Erfassung künftig einzuführen, um die Maßnahmen zur Senkung der Nichtschwimmerquote gezielter steuern sowie bewerten zu können?

Frage Nr.: 3685 Frankfurter Modernisierungsbonus

Stadtv. Thoma - BFF•BIG -

Stadtrat Prof. Dr. Gwechenberger

In einer Mitteilung der Stadt wird verlautbart, dass der Frankfurter Modernisierungsbonus für energetische Sanierung schnelle Wirkung zeige. So seien seit Juni dieses Jahres bereits Fördergelder in Höhe von 1,27 Millionen Euro geflossen. Aus Kreisen der Energieberatung und der Heizungsbranche hört man jedoch gegenteiliges. So gehen regelmäßig Meldungen ein, dass private Hauseigentümer aufgrund der hohen Hürden das Programm nicht in Anspruch nehmen.

Ich frage den Magistrat:

Wie verteilen sich die bislang beantragten Fördergelder prozentual auf öffentliche und private Wohnungsbaugesellschaften, private Ein- und Zweifamilienhäuser und private Mehrfamilienhäuser?

Frage Nr.: 3686 Gedenkplatz

Stadtv. Kauder - GRÜNE -

Im Ortsbeirat 2 gibt es einen einstimmigen parteiübergreifenden Vorschlag, einen öffentlichen Gedenkplatz innerhalb des Bockenheimer "Diplomatenviertels" einzurichten. Auf der Parkfläche in der Zeppelinallee, Ecke Blanchardstraße soll ein noch zu gestaltender Platz an die jüdische Geschichte des sogenannten "Diplomatenviertels" und die dort vor 1933 lebenden Familien erinnern. Dieser Idee vorausgegangen sind Recherchen einer Historikerin, die auch mit Nachkommen der jüdischen Familien in Kontakt steht. Der Ortsbeirat wird einen Finanzierungsbeitrag aus seinem Budget leisten wollen. In der Stellungnahme 1317/23 hat das Dezernat VII dieses Vorhaben begrüßt.

Stadträtin Dr. Hartwig
im Einvernehmen mit
Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger und
Stadtrat Siefert

Ich frage den Magistrat:

Wie gedenkt der Magistrat, die nächsten Schritte umzusetzen?

Frage Nr.: 3687 Tramnetz 2025+

Stadtv. Nagel - CDU -

Stadtrat Siefert

Der Magistrat hat jüngst die Rückkehr des U-Bahn-Angebots auf Vorkrisenniveau gefeiert. Gleichzeitig warten die Fahrgäste seit Jahren auf die angekündigte Angebotsausweitung im Straßenbahnnetz, „Tramnetz 2025+“, die maßgeblich von der Inbetriebnahme der neuen T Wagen abhängt.

Ich frage den Magistrat:

Welche konkrete Zeitplanung mit klaren Meilensteinen liegt ihm für Abnahme, Zulassung und Inbetriebnahme der T-Wagen sowie für die vollständige Umsetzung des Straßenbahnkonzepts „Tramnetz 2025+“ vor und welches alternative Betriebskonzept, „Plan B“, mit welchen Maßnahmen und Terminen verfolgt er, falls die Inbetriebnahme der T Wagen nicht möglich sein sollte?

Frage Nr.: 3688 Georg-Büchner-Schule

Stadtv. Brenner - GRÜNE -

Stadträtin Weber

Die Georg-Büchner-Schule, GBS, wächst als verbundene IGS mit Grundstufe besonders im Grundschulbereich stark an, da die Grundstufe die stark wachsende Schüler*innenzahl in Bockenheim auffängt und in die neue Dependence in der Schlossstraße umzieht. Das erfordert einen jahrelangen organisatorischen Mehraufwand, der mit den 6 Leitungsstellen für 1.200 Schüler*innen nicht geleistet werden kann. Wegen der Verbundenheit können diese nicht erhöht werden. Eine eigenständige IGS mit 900 Schüler*innen hat ebenso 6 Leitungsstellen.

Ich frage den Magistrat:

Erwägt der Magistrat, die Verbundenheit der GBS aufzuheben, damit das Land danach die Grundstufe mit eigenen Leitungsstellen versorgen kann, und welche Hindernisse werden hierbei gesehen?

Frage Nr.: 3689 ÖPNV

Stadtv. Lange - CDU -

Stadtrat Siefert

Der geplante U5-Ausbau zum Frankfurter Berg soll die Buslinie 39 erheblich einschränken und den 63-er faktisch entfallen lassen. Die Linie 39 soll künftig eine Takteilung nach Berkersheim Mitte und zum Gravensteiner Platz erfahren. Dies kommt vor Ort nicht gut an. Zudem ist für den Gravensteiner-Platz künftig auch noch eine Takteilung der Straßenbahnanbindung nicht auszuschließen. Kundenfreundliche und zukunftsweisende Angebote im ÖPNV sind hier leider derzeit nicht in Sicht. Zu viele etwaige Umsteigeerfordernisse stärken leider den ÖPNV auch nicht.

Ich frage den Magistrat, ob, und wenn ja, ab wann, wo und welche Verbesserungen er künftig für den ÖPNV von und nach Berkersheim sowie den Frankfurter Bogen vorsieht.

Frage Nr.: 3690 Regionalplan Südhessen

Stadtv. Schlimme - GRÜNE -

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Der aktuelle Regionalplan Südhessen / RegFNP 2010 trat 2011 in Kraft. Der neue Entwurf des RegFNP 2025 wurde am 4. Juli 2025 von der Regionalversammlung Südhessen gebilligt und befindet sich derzeit in der öffentlichen Beteiligung. Der neue Plan sieht eine Erweiterung und Anpassung der Siedlungsflächen vor, auch für Frankfurt.

Ich frage den Magistrat:

Welche konkreten neuen Flächen für eine Entwicklung als Wohngebiet befinden sich in dem Entwurf des Regionalplans und welche Stellung bezieht die Stadt Frankfurt zu diesen Flächen?

Frage Nr.: 3691 Weinstube Römerberg

Stadtv. Dr. Fabricius - CDU -

Stadträtin Weber

Die Zwischenverpachtung für die Weinstube Römerberg 19 läuft zum 31.12.2025 aus. Der bisherige Pächter, der aus der dunklen Weinstube einen hellen Ort der Begegnung direkt im Frankfurter Rathaus gemacht hat, hat am 23.04.2025 von Stadträtin Sylvia Weber eine mündliche Zusage erhalten für einen neuen Pachtvertrag, jedoch bis heute nichts erhalten.

Ich frage den Magistrat:

Warum gibt es bis heute keinen Vertrag mit Wirkung ab 01.01.2026 und wie gedenkt der Magistrat, diese traditionsreiche Weinstube als einen Ort der Begegnung ohne Leerstand zu bewirtschaften?

Frage Nr.: 3692 Sanitätsdienst

Stadtv. Homeyer - CDU -

Stadträtin Rinn

Hilfs- und Rettungsorganisationen stellen stadtweit bei vielen privaten und öffentlichen Veranstaltungen wie beispielsweise Straßenfesten, dem Weihnachtsmarkt oder Konzerten den Sanitätsdienst. In der jüngeren Vergangenheit wurden jedoch vermehrt private Firmen mit dem Sanitätsdienst beauftragt und die Hilfs- und Rettungsorganisationen gingen leer aus.

Ich frage den Magistrat:

Nach welchen Kriterien - außer finanziellen - werden die Zuschläge für den Einsatz bei privaten und städtischen Veranstaltungen vergeben und spielen dabei auch Faktoren wie die grundlegende Bedeutung der Hilfs- und Rettungsorganisationen für die Aufrechterhaltung des Katastrophenschutzes eine Rolle?

Frage Nr.: 3693 Richtlinie Öffentlichkeitsbeteiligung

Stadtv. Ringer - CDU -

Stadträtin O'Sullivan

Im Ausschuss für Diversität, Zusammenhalt, Beteiligung und Europa wurde der Evaluationsbericht in Bezug auf die Inhalte und die Zielsetzungen der Richtlinie Öffentlichkeitsbeteiligung vorgestellt. Zwei Wissenschaftler der Goethe-Universität hatten den Entstehungsprozess der Richtlinien durch teilnehmende Beobachtung wissenschaftlich begleitet.

Ich frage den Magistrat:

Wie hoch waren die Kosten für diesen Bericht und war in diesem Fall eine wissenschaftliche Begleitung vorgeschrieben?

Frage Nr.: 3694 Bebauungspläne

Stadtv. Dr. Dürbeck - CDU -

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Laut städtischem Auskunftssystem PlanAS sind etwa 36 Bebauungsplanverfahren nicht abgeschlossen, deren Aufstellung zwischen 2010 und 2024 beschlossen wurde. Davon stammen 22 aus der Zeit bis 2020. In einer Präsentation des Planungsdezernenten vom 25. März 2025 sollten von einem sogenannten "Projektportfolio Bebauungspläne" 9 von 26 Bebauungspläne mit oberster Priorität bearbeitet werden. Gemäß Planung im Doppelhaushalt 2024/25 sollten insgesamt 11 Bebauungspläne beschlossen werden, tatsächlich waren es aber bis heute nur 4. Im Haushaltsentwurf für 2026 sind 5 Bebauungspläne geplant.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat, ob er seine Planung für 2026 für realistisch hält und welche 5 B-Pläne in 2026 abgeschlossen werden sollen.

Frage Nr.: 3695 Plakatwerbung

Stadtv. Zengin - CDU -

Stadtrat Siefert

Für Plakatwerbung auf Straßen und Plätzen ist eine Sondernutzungserlaubnis notwendig. Es sind aber immer wieder Plakate zu sehen, für die, etwa weil das Datum der beworbenen Veranstaltung länger zurückliegt oder der Ort der Anbringung, etwa Fußgängerzonen, nicht ohne Weiteres genehmigungsfähig ist, keine Erlaubnis vorliegen kann. Die Verwaltung hat dann auch die Möglichkeit, zu Lasten des Verursachers die Plakate entfernen zu lassen.

Ich frage den Magistrat:

Unter welchen Voraussetzungen entfernt die Verwaltung unerlaubt aufgehängte Plakate und was unternimmt sie bei Verursachern, die bekanntermaßen häufig und dem Anschein nach absichtlich die Regeln brechen

Frage Nr.: 3696 Elterntaxis

Stadtv. Becker - CDU -

Stadträtin Weber
im Einvernehmen mit
Stadtrat Siefert

Nach den Herbstferien hat die Schulgemeinde der Gruneliuschule ihre Arbeit in der Containeranlage an der Offenbacher Landstraße aufgenommen. Der Interims-schulort liegt am Rande von Oberrad. Daher bringen eine größere Anzahl an Eltern ihre Kinder zur Schule. Die Anwohnerschaft hat sich bereits wegen der Verkehrssituation vor allem zu den Bring- und Holzeiten an den zuständigen Ortsbeirat gewandt. Hier muss zeitnah gegengesteuert werden.

Daher frage ich den Magistrat:

Welche Überlegungen gibt es, das Aufkommen der Elterntaxis nachhaltig zu vermindern?

Frage Nr.: 3697 KommUnity-Programm I

Stadtv. Meister - CDU -

Stadtkämmerer Dr. Bergerhoff

Die Landesregierung hat mit dem KommUnity-Programm ein sehr sinnvolles Instrument geschaffen, um Kommunen bei Personalengpässen zu unterstützen.

Ich frage den Magistrat, ob und in welcher Form Frankfurt dieses Angebot nutzen wird, um offene Stellen zu besetzen und zugleich den städtischen Haushalt zu entlasten.

Frage Nr.: 3698 Strategiepapier Bahnhofsviertel

Stadtv. Akmadza - CDU -

Stadträtin Voith
im Einvernehmen mit
Stadträtin Rinn

Unter der Federführung der Gesundheitsdezernentin und der Sicherheitsdezernentin hat der Frankfurter Magistrat ein Strategiepapier für das Bahnhofsviertel bis zum Jahr 2040 vorgestellt. Für die Prozessbegleitung bei der Entstehung des Konzepts und die Dokumentation wurde die Agentur URBANISTA beauftragt.

Daher frage ich den Magistrat:

Wie hoch sind die Kosten, die durch die Beauftragung von URBANISTA entstanden sind - aufgeschlüsselt nach Kosten für Veranstaltungen und deren inhaltlicher Aufbereitung und den Druck beziehungsweise die grafische Darstellung des Strategiepapiers?

Frage Nr.: 3699 KommUnity-Programm II

Stadtv. Düwel - GRÜNE -

Stadtkämmerer
Dr. Bergerhoff

Der hessische Finanzminister hat am 20. November 2025 angekündigt, Mitarbeiter*innen der hessischen Finanzverwaltung können für zwei Jahre in den Kommunen arbeiten. Das Personal komme aus dem Geschäftsbereich des Finanzministers, also zum Beispiel aus der Steuer-, der Bau- und der Immobilienverwaltung. Auf die Personalkosten gäbe es 30 Prozent Rabatt. Das Land hat die hessischen Kommunen aufgefordert, sich ab sofort zu melden.

Ich frage den Magistrat:

Wie hilfreich ist diese personelle Unterstützung mittels der Initiative des "KommUnity-Rabatts" für Frankfurt?

Frage Nr.: 3700 Verkehrsüberwachung

Stadtv. Nagel - CDU -

Stadtrat Siefert

In vielen Stadtteilen nimmt das Falschparken deutlich zu und häufig wird die Verkehrssicherheit dadurch gefährlich beeinträchtigt. Gleichzeitig wird das Falschparken in vielen Vierteln faktisch nicht mehr kontrolliert, auch weil Stellen unbesetzt sind. Eine deutlich spürbare, insbesondere an Wochenende und in den Abendstunden flächendeckende Überwachung ist aber notwendig.

Ich frage den Magistrat:

Bis spätestens wann wird die Verkehrsüberwachung im ruhenden Verkehr personell so vollständig besetzt, dass die notwendigen Kontrollen tatsächlich umgesetzt werden können, und welche konkreten Schritte zur Personalgewinnung und -bindung - einschließlich Eingruppierung, Zulagen, Arbeitszeitmodellen - werden in den nächsten 12 Monaten umgesetzt?

Frage Nr.: 3701 Unfälle Hanauer Landstraße

Stadtv. Schulz-Nurtsch - SPD -

Stadtrat Siefert

Laut einer Analyse der Allianz Direct gehört die Hanauer Landstraße deutschlandweit zu einer der am stärksten von Verkehrsunfällen betroffenen Straßen. Knapp 60 Unfälle und zwölf schwerverletzte Personen wurden für 2024 festgestellt. Laut Unfallatlas scheinen auch weitere Straßen im Frankfurter Osten erhöhte Unfallzahlen aufzuweisen.

Ich frage den Magistrat:

Wie werden diese Zahlen bewertet und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Verkehrssicherheit auf der Hanauer Landstraße sowie im gesamten Frankfurt Osten zu erhöhen?

Frage Nr.: 3702 Gellertsiedlung

Stadtv. Pauli - Linke -

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Holding plant die Gellertsiedlung im Nordend umfassend zu sanieren und anschließend einen Teil der Mieter*innen zu entmieten. Den rund 400 Mieter*innen drohen eine jahrelange Baustelle, kräftige Mieterhöhungen und Verdrängung. Laut Pressebericht soll das Gebäude in der Gellertstraße 2–6 einem Neubau mit 55 Wohneinheiten weichen. Abriss, Verdrängung und Neubau sind Teil einer profitablen Aufwertungsstrategie, die die ABG hier verfolgt.

Ich frage den Magistrat:

Warum wird gerade die Immobilie Gellertstraße 2-6 abgerissen und wo werden diese Menschen künftig untergebracht, wenn ihr Wohnraum dauerhaft zerstört wird?

Frage Nr.: 3703 Kindernet

Stadtv. Pürsün - FDP -

Stadträtin Weber

Die Stadt und KITA Frankfurt muss mit gutem Beispiel vorangehen und sich anderen Trägern gegenüber neutral verhalten. Für die Vergabe von Hortplätzen gib es vorgesehene Anmeldeverfahren über Kindernet mit der neuen Software Kivan. Dies darf nicht ausgehebelt oder umgangen werden. Ein solches Vorgehen würde bei anderen Trägern zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen, da eine gleichmäßige Verteilung der Kinder auf die Einrichtungen nicht gewährleistet wäre.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Vergibt KITA Frankfurt Hortplätze außerhalb des vorgeschriebenen Anmeldeverfahrens und ist ein solches Vorgehen mit dem Magistrat abgestimmt?

Frage Nr.: 3704 Handlungskonzept Fußgänger

Stadtv. Dr. Schulz - BFF•BIG -

Stadtrat Siefert

Fahrradfahrer und E-Scooter-Fahrer stellen in Fußgängerzonen und auf Gehwegen immer wieder eine Gefährdung von Fußgängern dar. Ein Handlungskonzept lehnt Mobilitätsdezernent Wolfgang Siefert, GRÜNE, unter Berufung auf den Masterplan Mobilität ab. Das Straßenverkehrsamt sieht „gefühlte Gefährdungen“ und den Wunsch nach Disziplinierung aufgrund „anekdotischer Evidenz“ nicht als Arbeitsgrundlage.

Ich frage den Magistrat:

Wie viel ist dem Magistrat die Sicherheit und Unversehrtheit der Fußgänger wert und muss die Zahl der von Radfahrern und E-Scooter-Fahrern verursachten Unfälle mit Fußgängern erst noch steigen, bevor die Stadt tätig wird, um die Sicherheit der Fußgänger in Frankfurt endlich wieder zu erhöhen?

Frage Nr.: 3705 Mousonturm

Stadtv. Klinger - AfD -

Stadträtin Dr. Hartwig

Die FAZ berichtete am 23.11.2025, dass das Künstlerhaus Mousonturm aufgrund ausbleibender Bundesförderung eine Finanzlücke im Jahr 2026 in Höhe von 600.000 Euro habe. Kulturdezernentin Hartwig wird mit folgenden Aussagen zitiert: „Wir werden das Haus nach Kräften weiterhin unterstützen. Da sich die Streichung der Bundesförderung seit längerer Zeit andeutete, steht das Kulturdezernat außerdem bereits mit dem Kämmerer im Austausch, um eine auskömmliche Finanzierung des Mousonturms sicherstellen können.“

Ich frage den Magistrat:

Um welche Größenordnungen hinsichtlich eines möglichen Zuschusses geht es in diesen Verhandlungen mit der Kämmerei?

Frage Nr.: 3706 Abwasserreinigungsanlagen

Stadtv. Hahn - FRAKTION -

Stadtrat Siefert

Die Frankfurter Abwasserreinigungsanlagen verfügen über keine dritte und vierte Reinigungsstufe. Die dritte Reinigungsstufe entfernt Nährstoffe wie Phosphate, während die vierte Reinigungsstufe Spurenelemente wie Hormone, Kosmetika und Arzneimittelrückstände entfernt. Diese Chemikalien und Spurenelemente stellen eine erhebliche Belastung für die Umwelt dar.

Ich frage den Magistrat:

Wie viel würde es schätzungsweise kosten, die Abwasserreinigungsanlagen in Niederrad/Griesheim und Sindlingen um eine dritte und vierte Reinigungsstufe zu erweitern, und ist die vorhandene Fläche für eine solche Erweiterung ausreichend?

Frage Nr.: 3707 Schuldächernutzung

Stadtv. Medoff - IBF -

Stadträtin Weber

In vielen Ländern werden Schuldächer vielfältig genutzt, etwa als Aufenthaltsbereiche, Freiluftgärten, Sportflächen oder zur Energiegewinnung durch Solaranlagen. Auch in Frankfurt bestehen Potenziale, die einen wichtigen Beitrag zu Nachhaltigkeit, Bildung und effizienter Raumnutzung leisten könnten.

Ich frage daher den Magistrat:

Welche Maßnahmen plant der Magistrat, um die erweiterte Nutzung von Schuldächern künftig gezielt zu fördern und strukturell zu ermöglichen, damit die Potenziale systematisch ausgeschöpft werden?

Frage Nr.: 3708 Baumgutachten

Stadtv. Schwichtenberg - Gartenpartei -

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Der Naturschutzverein Bonames hat über das bedrohte Gartengelände im Bebauungsplan Nr. 923 - Bonames Ost - Nordwestlich Auf der Steinern Straße - ein zoologisches Gutachten erstellen lassen, www.anlage4.de/gutachten.pdf und Stellung dazu bezogen www.anlage4.de/stellung.pdf (auch BUND und NABU). Mit der Fragestunde am 22.06.2023 und am 06.11.25 wurde das Baumgutachten aus 2022 vom Magistrat nicht in Parlis dauerhaft zur Verfügung gestellt. Offensichtlich wird es den Stadtverordneten unmöglich gemacht, das Baumgutachten zur Entscheidungshilfe von Anfang an zu nutzen.

Ich frage den Magistrat: Werden Sie das Baumgutachten zeitnah in Parlis einstellen, da wo es hingehört, oder muss ich eine Klage vor Gericht anstrengen?

Frage Nr.: 3709 Mietervereine und Mietinitiativen

Stadtv. Yilmaz

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Seit Jahren fördert die Stadt Frankfurt verschiedene Mietervereine und Mietinitiativen, um die unabhängige Mieterberatung zu stärken. Angesichts steigender Mieten und zunehmender sozialer Probleme ist eine transparente Darstellung der Mittelvergabe erforderlich. Nur so lässt sich nachvollziehen, ob die geförderten Einrichtungen den wachsenden Herausforderungen angemessen begegnen können.

Ich frage den Magistrat zum zweiten Mal:

Welche Mietervereine und Mietinitiativen hat die Stadt Frankfurt von 2020 bis 2025 gefördert, und in welcher Höhe wurden ihnen die jährlichen Mittel gewährt? Bitte Vereine/Initiative und die jeweiligen Jahresbeträge auflisten.

Frage Nr.: 3710 Bildungscampus in Unterliederbach

Stadtv. Steinhardt - CDU -

Stadträtin Weber

Der geplante Bildungscampus in Unterliederbach, auf dem die Paul-Ehrlich-Schule und die Ludwig-Erhard-Schule gemeinsam untergebracht werden sollen, kommt nicht voran. Das eigens dafür erworbene Areal im Bebauungsgebiet Parkstadt II ist laut städtebaulichem Wettbewerb geeignet. Den Beteiligten wurde 2024 gesagt, dass der nächste Schritt das Verkehrsgutachten sei, dessen Ergebnisse im Frühjahr 2025 vorliegen sollten. Die Frist verstrich und der Magistrat vertröste am 27.03. auf Ergebnisse direkt nach den Sommerferien. Scheinbar wurde das Verkehrsgutachten jedoch erst vor Kurzem überhaupt beauftragt.

Daher frage ich den Magistrat:

Welcher Prüfauftrag wurde für das Verkehrsgutachten genau erteilt und wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?

Frage Nr.: 3711 Carsharingstation Sossenheim

Stadtv. Podstatny - SPD -

Stadtrat Siefert

Nach Aussage des Bundesumweltamtes ersetzt ein stationsbasiertes Car-Sharing-Fahrzeug je nach örtlichen Verhältnissen vier bis teilweise mehr als zehn Fahrzeuge, da die Nutzer vielfach ihr eigenes Auto bzw. den Zweitwagen abschaffen. In Frankfurt-Sossenheim existiert keine einzige Car-Sharing-Station. Car-Sharing Stationen würden den sehr großen Parkdruck insbesondere in der Dunant- und Carl-Sonnenschein-Siedlung mindern.

Ich frage den Magistrat:

Wann ist endlich auch in Sossenheim mit Car-Sharing-Stationen zu rechnen?

Frage Nr.: 3712 Gender Budgeting

Stadtv. Christann - Linke -

Stadtkämmerer Dr. Bergerhoff

Im Juni 2024 hat die damalige Koalition im Haupt- und Finanzausschuss den Etatantrag E 220 zu "Geschlechtergerechtigkeit in der Haushaltsplanung", Gender Budgeting, beschlossen und ist damit einen jahrelang überfälligen kleinen ersten Schritt gegangen, dieses wichtige Anliegen anzugehen.

Ich frage den Magistrat:

Wie wurde der E 220 umgesetzt und wie spiegelt sich das im aktuellen Haushaltsentwurf wider?

Frage Nr.: 3713 Geschlossene Schwimmbäder in den Sommerferien

Stadtv. Schnitzler - FDP -

Oberbürgermeister Josef

Während der Schulferien erfreuen sich Schwimmbäder grundsätzlich hoher Beliebtheit. Da Witterungsbedingungen den Besuch von Freibädern nicht durchgängig ermöglichen, kommt insbesondere den Hallenbädern in dieser Zeit eine wichtige Ausgleichsfunktion zu. Bedauerlicherweise standen jedoch mehrere Frankfurter Hallenbäder in den Ferien nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Aus welchen Gründen werden betriebsbedingte Schließungen, insbesondere Betriebsferien oder Wartungsarbeiten, ausgerechnet in den Schulferien vorgenommen?

Frage Nr.: 3714 Krawallschachtel II

Stadtv. Pfeiffer - BFF•BIG -

Stadträtin Weber
im Einvernehmen mit
Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Eines der ältesten Frankfurter Fachwerkhäuser, die „Krawallschachtel“, befindet sich im Eigentum der Stadt Frankfurt und ist verpachtet. Bezüglich des Bauzustandes dieses Kulturdenkmals berichtet die Presse, laut Frankfurter Denkmalamt sei dieser "nicht übermäßig gut". Dem Fragesteller liegt die Information vor, dass der Bauunterhalt über die vergangenen Jahrzehnte hinweg vernachlässigt wurde.

Ich frage den Magistrat:

Ist in den vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Stadt und dem Hauptpächter der Liegenschaft die Pflicht zur denkmalgerechten Erhaltung des Objektes verankert und, falls dies nicht der Fall ist, warum hat die Stadt nicht die dafür erforderlichen Maßnahmen angeordnet bzw. auf deren Durchführung bestanden?

Frage Nr.: 3715 Osthafen

Stadtv. Csapo - AfD -

Stadträtin Wüst

Die Frankfurter Rundschau berichtete am 18.11.2025, dass die Gemeinschaft Frankfurter Hafenanlieger, die Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt, der Speditions- und Logistikverband Hessen/Rheinland-Pfalz und die Vereinigung der hessischen Unternehmervverbände fordern, dass die Stadt Frankfurt den Osthafen als Verlade- und Industriestandort sichern möge. Es gehe um eine kommunalpolitische Bestandsgarantie.

Ich frage den Magistrat:

Wie bewertet der Magistrat diese Forderung?

Frage Nr.: 3716 Gefahrenabwehrverordnung

Stadtv. Dr. Dürbeck - CDU -

Stadträtin Rinn
im Einvernehmen mit
Stadträtin Weber

Die überarbeitete Gefahrenabwehrverordnung mit höheren Bußgeldern für Verschmutzungen sieht jetzt für die "Verrichtung der Notdurft (Wildpinkeln)" ein Bußgeld von 300 Euro vor. Eltern, die mit ihren kleinen Kindern unterwegs sind und die Kinder ein dringendes Bedürfnis haben, kommen dann in eine schwierige Lage, zumal die mit dem Toilettenkonzept versprochenen Toiletten weiterhin fehlen.

Ich frage den Magistrat:

Wie beabsichtigt der Magistrat die Gefahrenabwehrverordnung bei dieser Fragestellung anzuwenden?

Frage Nr.: 3717 Bleibeperspektive Duldung

Stadtv. Kunze - SPD -

Stadträtin Voith
im Einvernehmen mit
Stadträtin Rinn

Bereits 2018 hat die Stadt Köln ein Projekt zur Schaffung von Bleiberechtsperspektiven für langjährig "geduldete" Personen eingeführt. Die positiven Erfahrungen in Köln haben die Stadt Wiesbaden dazu motiviert, diesem Beispiel zu folgen und ein an die hessische Rechtslage angepasstes Modellprojekt zu entwickeln. Als Kooperationspartner und Projektträger für die Stadt Wiesbaden fungiert der Hessische Flüchtlingsrat.

Ich frage den Magistrat:

Wie viele Personen in Frankfurt gelten als "geduldet" und welche Chancen sieht der Magistrat für die Einführung eines vergleichbaren Projektes in Frankfurt?

Frage Nr.: 3718 Leerstandsgesetz

Stadtv. Müller - Linke -

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Um gegen spekulativen Wohnungsleerstand vorzugehen ist vor Kurzem das hessische Leerstandsgesetz in Kraft getreten. Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt haben die Möglichkeit, eine eigene Satzung dazu auszuarbeiten. Eine solche Satzung ist die Voraussetzung dafür, dass Leerstand in Frankfurt erfasst und geahndet werden kann. Vor dem Hintergrund des seit 2004 außer Kraft getretenen Gesetzes zur Wohnraumzweckentfremdung auf Landesebene ist eine zügige Verabschiedung dringend notwendig.

Ich frage den Magistrat:

Wie weit ist die Ausarbeitung der Satzung fortgeschritten und wird sie noch in dieser Wahlperiode verabschiedet, die im März 2026 endet?

Frage Nr.: 3719 Verkehrskoordination

Stadtv. Dr. Langner - FDP -

Stadtrat Siefert

Die Jean-Monnet-Straße auf die A661 Richtung Bad Homburg/Oberursel bleibt gesperrt. Es gibt nun nur noch eine Spur mit einer Ampelkreuzung und abruptem Vorfahrt-Stop für Fahrzeuge aus Preungesheim. Das sorgt für Verkehrsbehinderungen und mehr Rückstau, während die Maybachbrücke gesperrt bleibt und zusätzlicher Verkehr auf die Marie-Curie-Straße umgeleitet wird.

Deshalb frage ich den Magistrat:

Aus welchem Grund wurde die Auffahrt von der Jean-Monnet-Straße auf die A661 in Richtung Bad Homburg/Oberursel nur noch einspurig samt Ampelquerung geführt und weshalb fallen diese Maßnahme und die Sperrung der Maybachbrücke zeitlich zusammen und wurden nicht besser koordiniert?

Frage Nr.: 3720 Betreuungsangebote für Kinder II

Stadtv. Yildiz - BFF•BIG -

Stadträtin Weber
im Einvernehmen mit
Stadträtin Voigt

In seinem Bericht B 414/25 "Situation auf dem Frankfurter Arbeitsmarkts - kommunale Beschäftigungsförderung" verweist der Magistrat auf den Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder in Frankfurt, etwa verursacht durch Personalmangel in Kitas, der die Erwerbstätigkeit von Müttern und Familien erschwert.

Vor dem Hintergrund dieser Mangelsituation frage ich den Magistrat:

Welche Vergaberegeln gelten aktuell für die in Frankfurt vorhandenen Vollzeit-Betreuungsplätze - Kitas, Hort, Kindertagespflege, Ganztagsangebote an Schulen, ggf. weitere Angebote - und wie werden diese gehandhabt, insbesondere im Hinblick auf Transparenz und Gleichbehandlung?

Frage Nr.: 3721 Müllheizkraft

Stadtv. Fuchs - AfD -

Stadträtin Zapf-Rodríguez

Die Frage 3621 der Fragestunde in der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2025, thematisierte die Anfrage der AfD-Fraktion an das Frankfurter Müllheizkraft, MHKW, nach einer Besichtigung. Diese wurde abschlägig beschieden. Auf Rückfrage sei mitgeteilt worden, dass Besuchsanfragen aus dem politischen Raum der Aufsichtsratsvorsitzenden Zapf-Rodríguez vorgelegt werden. Diese antwortete, dass es sich beim MHKW um einen Teil der kritischen Infrastruktur handle und Besichtigungen daher grundsätzlich nur in Ausnahmefällen und nach sorgfältiger Abwägung ermöglicht werden könnten. Auf der Internetseite des MHKW Frankfurt werden jedoch Führungen, auch für Gruppen, angeboten.

Ich frage den Magistrat:

Wie erklärt er sich diese Widersprüchlichkeit?

Frage Nr.: 3722 Gedenkstunde Paulskirche

Stadtv. Ringer - CDU -

Oberbürgermeister Josef

Am 17.11.2025 fand in der Paulskirche eine Gedenkstunde anlässlich des ersten Todestages des Ehrenbürgers Friedrich von Metzler statt. Die Gedenkrede hielt der Bundeskanzler. Die Gäste sollten um 17:50 Uhr ihre Plätze eingenommen haben. Dies war jedoch nicht allen möglich, weil der Einlass sehr lange gedauert hat. Erhebliche Schlangen gab es bei der Sicherheitskontrolle. Die Zahl der Gäste und die vorgeschriebenen, hohen Sicherheitsanforderungen sollten vor der Veranstaltung bekannt gewesen sein.

Ich frage den Magistrat:

Wie wird sichergestellt, dass sich dieses in Zukunft bei Veranstaltungen mit erhöhten Sicherheitsanforderungen nicht wiederholt?

Frage Nr.: 3723 Hochschulkürzungen

Stadtv. Dr. Mehler-Würzbach - Linke -

Stadträtin Dr. Hartwig

Die Unterfinanzierung des Hessischen Hochschulpakts durch die schwarzrote Landesregierung bedeutet einen massiven Kahlschlag für die Wissenschaftslandschaft, auch am Standort Frankfurt. Unter anderem soll die Soziale Arbeit an der FRAU-AUS zusammengekürzt werden, es werden zukünftig weniger Studierende ausgebildet werden können; an der Goethe-Universität sollen die Fachbereiche Kürzungen in Höhe von 15 Prozent umsetzen.

Ich frage den Magistrat:

Wie bewertet der Magistrat die Auswirkungen der Hochschulkürzungen auf Frankfurt und wie positioniert sich die Stadt angesichts dessen beim Land?

Frage Nr.: 3724 Weinstube im Römer

Stadtv. Leineweber - BFF•BIG -

Stadträtin Weber

Seit Ende 2024 ist die Weinstube im Römer endlich wieder verpachtet. Wie der Magistrat in seiner Antwort auf die Frage 3328 vom 28.05.2025 ausführt, wurde das Pachtverhältnis nicht ausgeschrieben, da es sich dabei lediglich um eine Zwischennutzung handeln sollte. Nun war der Presse zu entnehmen, dass die Weinstube im Römer nicht - wie ursprünglich angedacht - an den neuen Pächter des Weinguts der Stadt Frankfurt mitverpachtet wird und diese zurückgestellt ist, da in den nächsten drei Jahren umfangreiche Investitionen in die Sicherheit der Weinstube nötig sind.

Ich frage den Magistrat:

Wird der Interimpächter nun die Weinstube für weitere drei Jahre betreiben oder muss diese zur Durchführung der notwendigen Arbeiten geschlossen werden?

Frage Nr.: 3725 Lager für Corona-Schutzausrüstung

Stadtv. Schneider - AfD -

Stadträtin Rinn

Die FNP berichtete am 29.11.2025 über drei aktuelle Lager für Corona-Schutzausrüstung. Diese von der Stadt betriebenen Lager hätten der Stadt im Jahr 2024 rund 250.000 Euro gekostet. Die Kosten umfassten Miete sowie Betriebs- und Lagerhaltungskosten.

Ich frage den Magistrat:

Mit welchen Kosten hinsichtlich einer Erneuerung oder Erweiterung dieses Bestands an Schutzmaterial ist in den nächsten fünf Jahren zu rechnen?

Frage Nr.: 3726 Pachtflächen

Stadtv. Schwander - CDU -

Stadträtin Weber

Immer wieder kommt es auf den landwirtschaftlichen Flächen in Frankfurt vor, dass Flächentausche vorgenommen werden oder Landwirte gepachtete Flächen anderer Landwirte bewirtschaften. Da die meisten landwirtschaftlichen Flächen Pachtland der städtischen Stiftungen oder gar der Stadt selbst sind und in der Vergangenheit viele solcher Tausche vorkamen, gibt es erheblichen Nachholbedarf bei der Kenntnis, wer welche Fläche gepachtet hat. Mithin fehlen detaillierte Aufzeichnungen.

Ich frage den Magistrat:

Wie stellt er in Zukunft sicher, dass stets klar ist, welcher Landwirt welche Flächen gepachtet hat, und wie arbeitet er das Aufzeichnungsdefizit auf?

Frage Nr.: 3727 Glasfaserausbau TNG

Stadtv. Thoma - BFF•BIG -

Stadträtin O'Sullivan

Die TNG Stadtnetz GmbH ist aktuell dabei, in einzelnen Stadtteilen von Frankfurt den Glasfaserausbau durchzuführen. Unter anderem steht dies in Ginnheim und Heddernheim an. In diesem Zuge sind Mitarbeiter der TNG dort unterwegs und versuchen, Haustürgeschäfte über Glasfaseranschlüsse abzuschließen.

Ich frage den Magistrat:

Entspricht es den Tatsachen, dass die TNG einen Exklusivvertrag mit der Stadt Frankfurt über die Herstellung und den Anschluss des Glasfasernetzes geschlossen hat und die betroffenen Anlieger somit ausschließlich einen Vertrag mit der TNG über einen Glasfaseranschluss abschließen können?

Frage Nr.: 3728 Nahmobilitätskonzept

Stadtv. Serke - CDU -

Das Verkehrskonzept zur stadtteilbezogenen Nahmobilität in Sossenheim sollte im Oktober im Ortsbeirat vorgestellt werden. Kurzfristig wurde die Präsentation jedoch vom Stadtplanungsamt abgesagt mit dem Hinweis, es seien „Fragen zum Umsetzungshorizont und weiteren Vorgehen“ aufgetreten, die zunächst geklärt werden müssten. Ein neuer Termin wurde bislang nicht genannt.

Ich frage den Magistrat:

Welche konkreten Fragen müssen vor der Vorstellung des Nahmobilitätskonzeptes für Sossenheim noch geklärt werden und ist sichergestellt, dass die Präsentation noch vor der Kommunalwahl erfolgt?

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger
im Einvernehmen mit
Stadtrat Siefert

Frage Nr.: 3729 Ehemaliges Polizeigelände

Stadtv. Becker - CDU -

Ende Oktober/Anfang November 2025 hat die Polizei das Grundstück am Wendelsweg 128 verlassen. Seitens der Bürgerinnen und Bürger besteht Informationsbedarf, was mit dem Grundstück und speziell mit dem sich auf dem Grundstück befindlichen "Kiosk Seehofpark" passieren soll.

Daher frage ich den Magistrat:

Welche Informationen sind dem Magistrat hinsichtlich der zukünftigen Nutzung des ehemaligen Polizeigeländes und des "Kiosk Seehofpark" im Wendelsweg 128 bekannt?

Stadtrat Prof. Dr.
Gwechenberger

Frage Nr.: 3730 Verwahrlosung des öffentlichen Raums

Stadtv. Schäfer - CDU -

Stadträtin Zapf-Rodríguez
im Einvernehmen mit
Stadträtin Rinn

Die mangelnde Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum wird von den Frankfurtern immer stärker kritisiert. In der jüngsten Umfrage zum Thema Parks und Grünanlagen bemängelten allein 80 Prozent die mangelnde Sauberkeit.

Ich frage den Magistrat:

Wie will der Magistrat - abgesehen von den bisher ergriffenen Schritten - die zunehmende Verwahrlosung des öffentlichen Raums stoppen?

Frage Nr.: 3731 Rufbus KNUT

Stadtv. Lange - CDU -

Stadtrat Siefert

Der Rufbus KNUT soll Fahrten in den Nachtstunden der Buslinien 39 und 63 in den nordöstlichen Stadtteilen ersetzen. KNUT scheint vor Ort nicht richtig angenommen zu werden. Unter anderem belasten Zusatz-Kosten sowie wohl auch das Handling. Vor Ort wird gerade in Berkersheim und Preungesheim ein akzeptables Bus-System benötigt.

Ich frage den Magistrat, welche Erkenntnisse nebst detaillierten Zahlen aktuell zu KNUT beziehungsweise den Buslinien jeweils in den Stadtteilen des Ortsbezirks 10 vorliegen und wie dazu das Angebot künftig verbessert werden soll?

Den Damen und Herren des Magistrats

zur gefälligen Kenntnisnahme und mit der Bitte, die Antwortkonzepte bis spätestens Donnerstag, 11.12.2025, 12.00 Uhr, dem Hauptamt - Büro des Magistrats - zuzuleiten.

Wir bitten jeweils um eine digitale Fassung als Scan mit der Unterschrift der Dezernentin oder des Dezernenten und als Word-Dokument an die E-Mailadresse 10-2.bdm@stadt-frankfurt.de.

Im Auftrag

(Liebig)